

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE in / im ...**

*(rote Markierungen bitte individuell anpassen)*

**Der Gemeinderat / Stadtrat / Kreistag** unterstützt das „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik“, das am 1. Mai 2009 seinen zweiten Anlauf nimmt und mit der Sammlung der Unterstützerunterschriften für eine Zulassung beginnt.

### Begründung:

Im Januar 2008 haben die Fraktionen DIE LINKE und die der SPD den folgenden Gesetzentwurf in den Thüringer Landtag eingebracht: „Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes und anderer Gesetze (Gesetz für eine bessere Familienpolitik in Thüringen)“.

Seitdem ist der Entwurf im parlamentarischen Gang und wird von der Regierungsfraktion mit immer weiteren Fragen, Prüfungsaufträgen und Gutachten von einem Monat zum nächsten geschoben.

In der Zwischenzeit haben Studien und Gutachten aus unterschiedlichen Fachrichtungen den Personalnotstand in Thüringer Kindertagesstätten belegt und festgestellt, dass mindestens 2.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Damit würde Thüringen gerade mal den bundesdeutschen Durchschnitt erreichen und wäre noch keineswegs bei dem ehrgeizigen Ziel, den Bildungsplan bis zum 10. Lebensjahr wirklich fachgerecht umsetzen zu können. Die Umfragen und Untersuchungen haben auch hinlänglich bewiesen, dass die Fachkräfte einen nicht unerheblichen Teil der Vor- und Nachbereitungszeit sowie der Elterngespräche in ihrer Freizeit erledigen, was zur Folge hat, dass sie seit geraumer Zeit überarbeitet sind und immer mehr Erzieherinnen unter Stress-Krankheiten leiden. Das geht zu Lasten der Kinder, die gerade im frühkindlichen Bereich einer besonderen individuellen Förderung bedürfen. Dies gilt insbesondere für die Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, sie zu Hause so gut zu fördern, dass sie ohne Schwierigkeiten in die Schule wechseln können. So ist z.B. jedes vierte Kind in Thüringen nicht in der Lage, bei der Einschulung seinem Alter gemäß zu sprechen und Sprache zu verstehen.

Die CDU verweist immer wieder darauf, dass einzelne Aspekte des Gesetzentwurfes von ihnen nicht getragen werden könnten. Dies hätte jedoch zu keinem Zeitpunkt ein Hinderungsgrund sein müssen, um eigenen Vorstellungen vorzulegen und diese zu realisieren. Da Landesregierung und Regierungsfraktion den offensichtlichen Handlungsdruck nicht zu verspüren scheinen, hat der Trägerkreis des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik beschlossen, ein weiteres Volksbegehren zu initiieren. Ziel ist die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, um Thüringen weit mindestens zweitausend zusätzliche Vollzeitstellen in Kindertagesstätten zu finanzieren. Das wäre die notwendige Voraussetzung, um mit der Umsetzung des Bildungsplanes zu beginnen und Förderpläne für jedes einzelne Kind zu erstellen.

**Der Gemeinderat / Stadtrat / Kreistag** unterstützt dieses Ansinnen.